

Editorial

Liebe lesende Menschen!

Seit der letzten rot!ation hat sich einiges geändert: Bei den Hochschulwahlen im Januar konnten wir dank eurer Stimmen ein sensationelles Ergebnis von 11 Sitzen im Studierendenparlament erreichen und somit zur ersten linken Mehrheit seit 2012 beitragen. Nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen waren wir somit in der Lage gemeinsam mit anderen linken Gruppen einen politischen AstA zu bilden.

Nun ist das Semester in vollem Gange und der AstA arbeitet bereits seit drei Monaten an der Umsetzung seiner Ziele. Auch wir, die Juso-HSG, sind daran maßgeblich beteiligt (S. 2). Aber auch außerhalb des AstA führen wir weiterhin Aktionen und Projekte durch. So veranstalteten wir im letzten Monat zum Beispiel eine Info-Aktion, die auf die Hürden beim Hochschulzugang für Geflüchtete aufmerksam machte. Mehr dazu lest Ihr auf Seite 7.

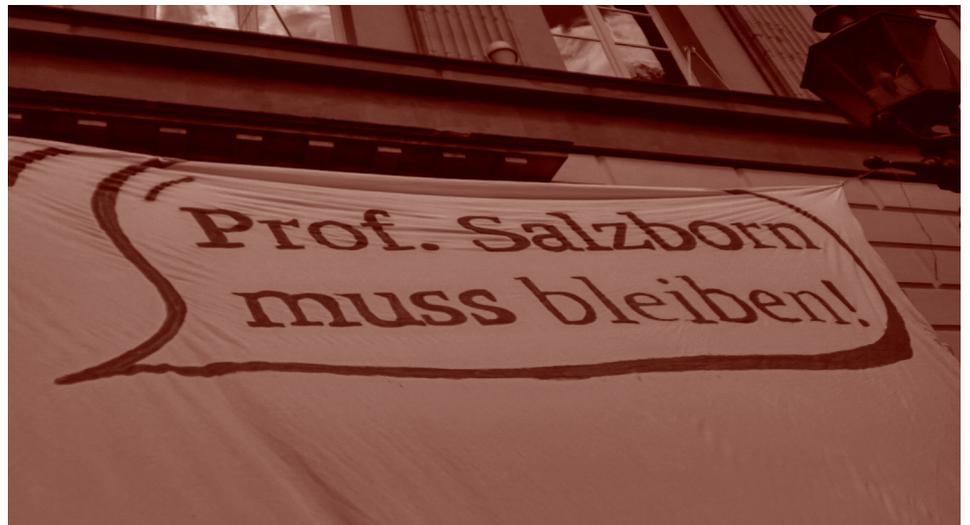
Zudem könnt Ihr mehr über unsere Auseinandersetzungen mit geplanten Mieterhöhungen seitens des Studierendenwerkes (S. 8) und die Kontroverse um die Nichtverlängerung der Professur von Dr. Samuel Salzborn (Seite 1) lesen.

Zu guter Letzt möchten wir euch noch eine schöne, sonnige Vorlesungszeit wünschen. Lasst euch nicht hetzen, studiert, was euch interessiert und vergesst vor allem nicht, auch mal frei zu machen.

Eure Juso-Hochschulgruppe

Salzborn muss bleiben!

Kein Frieden mit dem Uni-Präsidium



„Was sind das für Leute, die Rechtsextremismus behandeln wie Düngemittelforschung oder Ägyptologie? Es sind, was Wunder, durch und durch deutsche Menschen, die sich da auf der Seite des Präsidiums darstellen. Sie heißen Ulrike, Andrea, Hiltraud, Ulf, Norbert und Holger, und germanischer kann man wohl auch ein Reichssicherheitshauptamt nicht zusammensetzen: Nicht einmal zu einem Markus oder Johannes hat es gereicht.“ (Leo Fischer in Neues Deutschland vom 21.05.2016)

Er bezieht sich auf Forschung - Kritische Forschung an der Universität Göttingen. Leo Fischer, ehemaliger Chefredakteur des Satiremagazins „Titanic“, macht in der Zeitung „Neues Deutschland“ seinem Unverständnis Luft. Konkret geht es um die Entscheidung des Präsidiums der Universität, die Stelle von Prof. Dr. Samuel Salzborn an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät nicht zu verlängern, welche auch von der Juso-HSG mit Unverständnis zur Kenntnis genommen wurde.

Prof. Dr. Salzborn hat aktuell die Professur für Grundlagen der Sozialwissenschaften inne. Er ist zentral für den bundesweit einzigartigen Studiengang B.A. Sozialwissenschaften verantwortlich und bei den Studierenden sehr beliebt. Seine Seminare und Vorlesungen sind innovativ und werden durchweg positiv evaluiert. Besonders aufgrund seiner Schwerpunkte Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung ist Prof. Dr. Salzborn eine Bereicherung für die Universität Göttingen und genießt internationales Renomé in seinem Forschungszweig.

Auch das Land Niedersachsen plante eine Kooperation mit Prof. Dr. Salzborn. Eine voll ausfinanzierte wissenschaftliche Dokumentationsstelle über die Arbeit des Verfassungsschutzes sollte unter seiner Schirmherrschaft an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät eingerichtet werden. Damit wären Millionen an Finanzmitteln vom Land Niedersachsen an die Universität geflossen und ein bundesweit einzigartiges Pro-

jekt entstanden. Doch auch das Konzept für die Dokumentationsstelle sowie Prof. Dr. Salzborns federführende Beteiligung an dieser wird vom Präsidium abgelehnt. Erst auf Nachdruck des Landes soll die Stelle nun unter einem neuen Konzept stattdessen an der SUB angegliedert werden und sich dabei auf Archivarbeit beschränken. Die Beobachtung des Verfassungsschutzes wurde aus der Agenda gestrichen - ein Umgang, der einem derart wichtigen Thema nicht gerecht wird. Stattdessen habe die Universität laut Präsidentin Ulrike Beisiegel aber bereits Leute für den Bereich „Linksextremismus“ an der Hand. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Denn gerade in Zeiten brennender Geflüchtetenunterkünfte, dem Anstieg rechter Gewalttaten und in Be-

zug auf das systematische Versagen der Verfassungsschutzbehörden beim Verhindern der Morderie des rechtsextremistischen „NSU“, dürfte die Relevanz dieser Forschung unbestreitbar sein.

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum sich das Präsidium gegen den einstimmigen Beschluss des Fakultätsrates der sozialwissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Salzborns Vertrag zu verlängern, entschieden hat. Die Interessen der Studierenden und auch der Fakultät scheinen bei der Entscheidung keine Rolle gespielt zu haben. Die Beschlüsse bezüglich der Dokumentationsstelle und der Nicht-Verlängerung von Prof. Dr. Salzborn deuten schlichtweg auf eine politische Motivation des Präsidiums hin. Der Protest gegen die Entscheidung des Präsidiums regt sich bereits auf internationaler Ebene mit

Verweis auf die exzellente Forschung Salzborns, der im November letzten Jahres noch vom Stiftungsrat der Universität für den vorbildlichen Transfer aktueller wissenschaftlicher Themen in eine breite Öffentlichkeit ausgezeichnet wurde. Auch im Lichte des gesellschaftspolitischen Engagements Salzborns, der sich auch zu tagesaktuellen Themen wie Pegida äußert, bleibt uns das Vorgehen des Präsidiums schleierhaft.

Als Juso-HSG verurteilen wir die Entscheidungen des Präsidiums und fordern die Verlängerung des Vertrages von Prof. Dr. Salzborn. Wir unterstützen daher auch den vom Fachschaftsrat SoWi initiierten offenen Brief und rufen alle Studierenden auf, diesen ebenfalls zu zeichnen.

Endlich wieder im AstA

Es ist wieder politisch im Rosa-Luxemburg-Haus

In den letzten Monaten hat sich für die Juso-HSG viel verändert: Nach den Uniwahlen im Januar und der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments im Februar sind wir nun endlich wieder im AstA!

Doch was ist eigentlich dieser „AstA“?

Die Abkürzung steht für „Allgemeiner Studierendenausschuss“. Das bedeutet, dass der AstA die gewählte Studierendenvertretung ist und damit quasi die „Regierung“ der Studierenden darstellt. Seine Aufgabe ist es, die Interessen aller Studierenden zu vertreten.

Im letzten Jahr bildete eine Koalition der Gruppen ADF und RCDS, mitgetragen von der LHG und „Unabhängiger Fraktion“, den AstA. Doch mit der Wahl im Januar haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Studierendenparlament, das in seiner ersten Sitzung nach der Wahl den neuen AstA wählt, verändert; hin zu einer linken Mehrheit. Dank dieser konnten wir mit anderen linken Gruppen Koalitionsverhandlungen aufnehmen und bilden nun gemeinsam den AstA.

Der neue AstA

Der neue AstA besteht aus 5 Gruppen: Uns, der Juso-Hochschulgruppe, der

Grünen Hochschulgruppe, Basisgruppenliste, PARTEI-Hochschulgruppe und Schwarz-Rot-Kollabs. Gemeinsam bekennen wir uns im Gegensatz zum vorherigen AstA ausdrücklich zu einem allgemeinpolitischen Mandat: Denn als Studierende an der Hochschule sind wir eben nicht abgegrenzt von der Gesellschaft, sondern ein Teil von ihr. Dabei sehen wir es als unsere Pflicht, uns politisch zu äußern und das Leben innerhalb und außerhalb der Hochschule aktiv mitzugestalten.



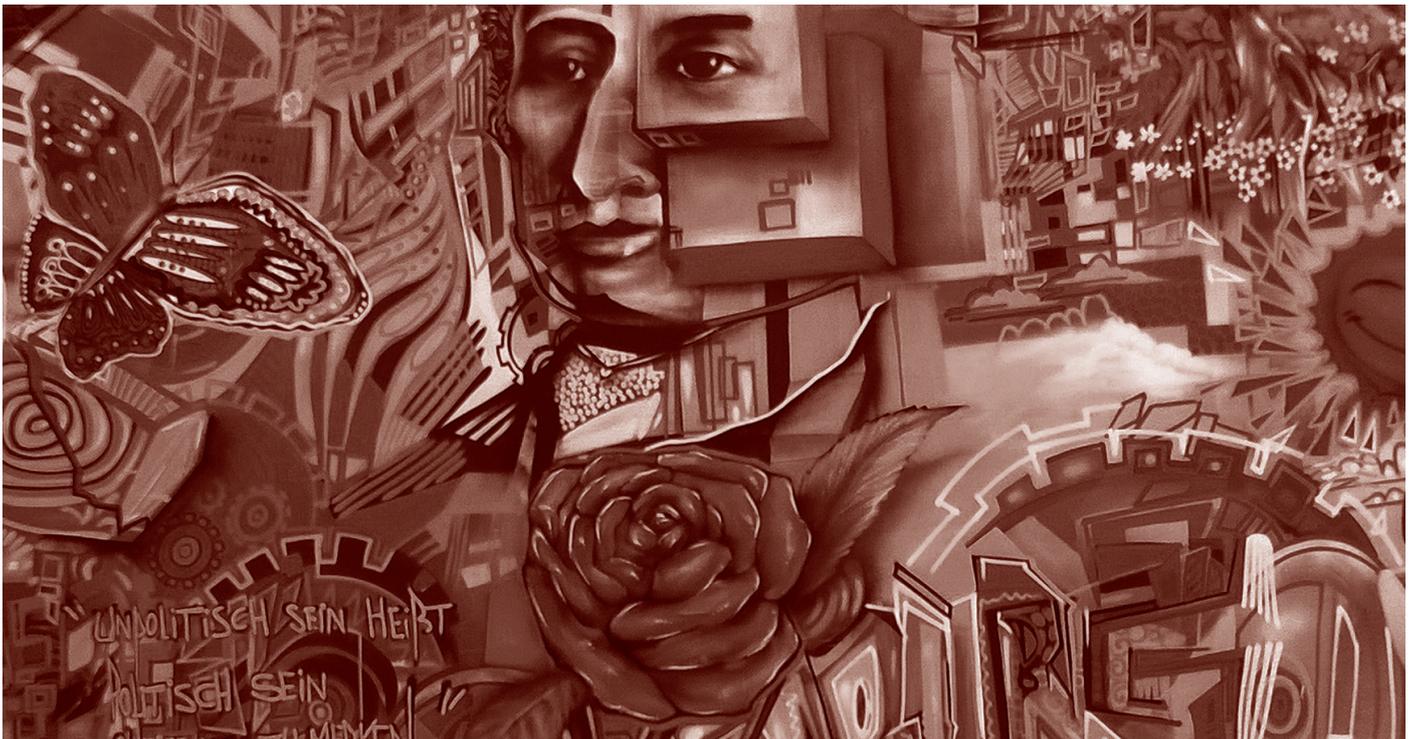
Daher haben wir neben den fünf Pflichtreferaten (Vorsitz, Außen, Hochschulpolitik, Soziales und Finanzen) sechs weitere Referate eingerichtet, die sich inhaltlich differenzierter mit einem Spektrum von Themen beschäftigen und auf ihr Gebiet bezogen Aktionen und Veranstaltungen planen: Die Referate für Gender & Diversity, Politische Bildung, Flucht & Migration, Transparenz & Öffentlichkeit, Ökologie und für Kultur.

Die Juso-Hochschulgruppe im AstA

Auch aus der Juso-Hochschulgruppe beteiligen sich viele Menschen aktiv als Referent*innen oder Sachbearbeiter*innen: So haben wir Mitarbeitende in insgesamt 6 Bereichen: Im Referat für Gender & Diversity, im Referat für Politische Bildung, im Sozialreferat, im Referat für Transparenz & Öffentlichkeit sowie im Bereich der Semestertickets und im Bereich der Erstsemesterbetreuung. Darüber hinaus engagieren wir uns aber natürlich auch in AstA-übergreifenden Themen und Projekten.

Gender & Diversity

Das Referat für Gender & Diversity möchte sichtbar machen, dass Geschlecht und andere Kategorien wie soziale Herkunft, Sexualität, Nationalität, Alter, körperliche Gesundheit und familiäre Umstände in allen Lebensbereichen und auch an der Hochschule eine zu große Rolle spielen. Wir veranstalten daher öffentliche Aktionen, spannende Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, die auf diese Themen aufmerksam machen sollen. Wir versuchen in diesem Referat, Forderungen der Juso-HSG wie das Bekämpfen von Sexismus auf dem Campus und au-



Berhalb, das Vorantreiben der Gleichstellung an der Uni und das Sichtbarmachen von LGBTQ* umzusetzen. Ein Beispiel für unsere Arbeit ist ein von uns organisierter feministischer Poetry Slam, der am 03.07. stattfindet. Schaut vorbei!

Politische Bildung

Im Referat für politische Bildung setzen wir uns dafür ein, Studierende durch Vorträge, Diskussionen, Workshops und ähnliche inhaltliche Veranstaltungen zu gesellschaftspolitischen und tagesaktuellen Themen weiterzubilden. Denn wir sehen das Studium nicht nur als Aneignung von Fachwissen, sondern auch als wichtigen Schritt zur Persönlichkeitsbildung. Ein weiteres Arbeitsfeld ist der Kontakt zur Universität in den Bereichen Aufarbeitung der Geschichte der Universität während der Zeit des Nationalsozialismus, sowie gegenwärtige Erinnerungskultur im Studium. Ein Beispiel für die Arbeit ist eine Veranstaltungsreihe zu Verschwörungstheorien, die momentan läuft.

Sozialreferat

Natürlich liegt uns das Sozialreferat als eine Hochschulgruppe, die sich insbesondere für soziale Gerechtigkeit an der Uni einsetzt, ebenfalls sehr am Herzen. Neben der Beratung von Studierenden zu allen möglichen Themen

wie Studienfinanzierung, Krankenversicherung, Rundfunkgebühren, Wohnen, Studieren mit Kind, Barrierefreies Studium, Internationales Studium und Semesterticketrückerstattung, gehen wir hier auch unseren Forderungen zum Beispiel einer verbesserten Wohnraumsituation in Göttingen, einer bessere Vereinbarkeit von Familie/Nebenjob/Pflege & Studium und vielem mehr nach. Ein Beispiel für die Arbeit hier sind die Elterncafés, die regelmäßig organisiert werden sowie das AStA-Kinderfest, das am 25.09. stattfinden wird.

Transparenz & Öffentlichkeit

Das Referat für Transparenz & Öffentlichkeit ist dazu da, unsere politische Arbeit öffentlich zu machen und euch darüber auf dem Laufenden zu halten.

Durch sie erfahrt ihr von Vorträgen, Veranstaltungsreihen, aber auch von der politischen Arbeit und Meinung des AStA, zum Beispiel in Form von Pressemitteilungen. Als Beispiel für ihre Arbeit könnt ihr euch zum Beispiel die Agenda-PM des AStA anschauen, in der der AStA sich und seine Ziele vorstellt; ihr findet sie auf der AStA-Homepage.

Semesterticket

Eure Semestertickets für Bus und Bahn werden in diesem Jahr von einem Menschen aus der Juso-HSG betreut

- also wendet euch bei Fragen oder Wünschen gerne an uns!

Erstsemesterbetreuung

Und auch in der Erstsemesterbetreuung sind wir aktiv, um allen Studierenden einen möglichst guten Start in Göttingen zu ermöglichen.

Übergreifende Projekte & Themen

Zudem setzen wir uns AStA-übergreifend natürlich für weitere Themen ein, von denen wir euch bereits berichtet haben: Zum Beispiel die reale Durchsetzung der Abschaffung der Anwesenheitspflichten, den Wiedereintritt in den fzs (Freier Zusammenschluss von Student*innenschaften), das „festival contre le racisme“ (siehe Seite 5), die Wohnraumproblematik und vieles mehr.

Wir bedanken uns bei allen Wähler*innen, die uns im Januar ihre Stimmen gegeben haben und somit klar gezeigt haben, dass sie einen AStA wollen, der sichtbar ist, sich neben Service für Studierende auch inhaltlicher und kultureller Arbeit widmet und sich deutlich politisch äußert.

Ihr dürft gespannt bleiben, was folgt und seid herzlich eingeladen, zu unseren wöchentlichen Treffen am Donnerstag zu kommen und damit an der AStA-Arbeit mitzuwirken!

Ziviler Ungehorsam

Über das repolitiserende Potential kollektiver Gesetzesverstöße im öffentlichen Raum

Widerstand gegen die Staatsgewalt, Blockaden, Hausbesetzungen - mitunter führt politischer Protest zu Rechtsverstößen. Doch darf ein Zweck die Mittel heiligen? Kann es moralisch legitim sein, geltendes Recht zu brechen? Was, wenn der Gesetzesverstoß moralisch ertragbarer scheint als die Erduldung eines empfundenen Unrechts?

Die Art des Vorstoßes, bei dem aus Gewissensgründen gegen rechtliche Normen verstoßen wird, ist als „Ziviler Ungehorsam“ eine seit der Antike praktizierte Form politischer Partizipation. Schon in der griechischen Mythologie bricht der Titan Prometheus das göttliche Gesetz des Zeus, als er den Menschen das Feuer bringt. Dabei ordnet Prometheus das göttliche Recht einem natürlichen Vernunftrecht unter, wofür er zu Strafe an einen Felsen im Kaukasus gefesselt wird. Hier muss er erdulden, dass der Adler Ethon jeden Tag von seiner Leber frisst, bis er später von Herakles befreit wird (Daube 1972, S. 60).

Bis heute ein vielfach benutztes Mittel, muss man nicht in die Antike zurückblicken, um Praxen zivilen Ungehorsams auszumachen: Sowohl bei den Protesten im Gezi-Park als auch denen rund um die Rote Flora in Hamburg ist es zu Rechtsverstößen gekommen. Hierbei begingen die Akteure jeweils kollektiv kalkulierte Regelverstöße, die durch ihre Illegalität auf die Dringlichkeit des Anliegens hinweisen und Ungerechtigkeiten öffentlichkeitswirksam artikulieren sollten. Dabei nahmen die Handelnden jeweils in Kauf, auf Basis geltender Gesetze verurteilt zu werden.

Betrachtet man unterschiedliche Fälle des zivilen Ungehorsams, fällt auf, dass jeder anders gelagert ist und sich die Frage nach der Legitimität einer Aktion nicht allgemein beantworten lässt. Während sich die meisten wohl einig sind, dass beispielsweise Oskar Schindler, der während des 2. Weltkriegs durch mehrere illegale Maßnahmen wie die Bestechung von SS-Männern etwa 1200 Menschen in

seinen Fabriken vor Konzentrationslagern rettete, moralisch gehandelt hat, gehen die Meinungen spätestens bei der Besetzung von öffentlichem Raum auseinander.

Inwieweit eine Aktions- oder Protestform entweder als illegitimer „Rechtsbruch“ oder doch eher als legitimer „Ziviler Ungehorsam“ wahrgenommen wird, hängt eng mit der öffentlichen Deutung und Wahrnehmung der Aktion zusammen. So fiel die mediale Rezeption der Proteste in Istanbul deutlich positiver aus als beispielsweise die Berichterstattung um die Rote Flora in Hamburg. Während man bei erstgenannten meist davon ausging, die Proteste stünden „im Geiste einer demokratischen Verfassung [, die] zur Demokratisierung der Demokratie beitragen oder gar Teil des Kampfes zur Durchsetzung der Demokratie sind“, sprach man dem Protest in Hamburg seine demokratische Bedeutung ab und rezipierte meist „linke Krawallmacherei“ (vgl. Volk 2014, S. 137f.).



Diese liberal-demokratische Lesart – inwiefern hält sich der Protest an bestehende Gesetze und Regeln? Fordert er demokratische und verfassungsmäßige Rechte ein? - steht in der Tradition großer Philosophen des 20. Jahrhunderts. So legte bereits John Rawls in seinen Überlegungen zu zivilem Ungehorsam aus einer liberalen Grundhaltung heraus diese Maßstäbe an (Rawls 1998, S. 421; vgl. Volk 2014, S. 138). Rawls geht bei seinen Überlegungen davon aus, dass je gerechter eine Gesellschaftsordnung gemessen an re-

alisierten demokratischen Werten ist, desto schwerer lassen sich kollektive politische Regelverstöße rechtfertigen. Aus dieser libertären Perspektive lässt sich leicht erklären, warum Protestformen hier als ziviler Widerstand und dort als illegitimer Rechtsbruch verstanden werden. Was gegen autokratische Regime in der Ukraine oder der Türkei als Freiheitskampf verstanden wird, lässt sich in der demokratisch stabilen Bundesrepublik von diesem Standpunkt aus nicht rechtfertigen.

Doch verkennt diese Lesart nicht jegliche Form politischen Protests in modernen demokratischen Gesellschaften? Nach Rawls lässt sich kaum eine Protestform legitimieren, überschreitet sie die Gesetze einer modernen Demokratie. Dabei fällt außer Acht, dass es vielen Protestbewegungen meist weniger um das Einklagen von gesetzlichen Rechten oder um die Beseitigung undemokratischer Regierungsformen geht, sondern um tiefgreifende politische Veränderungen innerhalb der Gesellschaft selbst. So äußert sich etwa in der Verhinderung einer Abschiebung durch Sitzblockaden nicht nur Kritik am gesetzlichen Abschiebungsverfahren, sondern auch die Forderung, das Konzept nationaler und staatlicher Zugehörigkeit zu überholen. Kriminalisiert man diesen Protest aufgrund oben genannter Maßstäbe generell, verkennt man seine politische Dimension.

Die Entscheidung, zivilen Ungehorsam als kollektive Akte des politischen Widerspruchs im öffentlichen Raum zu wählen, weist darauf hin, dass die verfolgten Ziele durch rechtlich etablierte politische Beteiligungsangebote nicht ausreichend abgedeckt sind. Zwar können legale Verfahren existieren, die für Reformen genutzt werden können, aber diese führen nicht zwangsläufig zum gewünschten Ziel. Dies kann wie im Beispiel der Abschiebungsverfahren damit zusammenhängen, dass Fortschritte auf legalem Weg zwar möglich, aber so langwierig sind, dass das empfundene Unrecht während der

Durchsetzung immer weiter voranschreitet. So können in Zukunft möglicherweise Abschiebungen verhindert werden, doch die konkrete Situation ist nicht zu verhindern.

In diesem Wissen den Rechtsbruch als Protestform gewählt, entfaltet sich die Forderung erst im Widerspruch zur bürgerlich-liberalen Grundordnung. Mittels Protest erheben Akteur*innen den Anspruch, als politische Mitsprecher*innen wahrgenommen zu werden. Dem gegenwärtigen Status Quo, der innerhalb von Gesetzen festlegt, was als politisches Problem zu gelten hat, wird so widersprochen. Die demokratische Meinungsfindung wird auf diese Weise aus Expert*innengremien und Parlamenten als Protest auf die Straße getragen. Öffentlicher Diskurs wird so ermöglicht und Bürger*innen zum Nachdenken aufgefordert. Das repolitisierte Potential liegt dabei darin, selbst zu bestimmen, wer, wann, wie und wo sprechen darf - das demo-

kratische Beteiligungsversprechen moderner Gesellschaften wird eingefordert (vgl. Volk 2014, S. 139).

Insgesamt lässt sich sagen, dass die Verwendung illegaler Mittel dann als ziviler Ungehorsam legitim ist, wenn diese der Sicherung der Demokratie oder der Menschenrechte gelten. Weiter kann festgehalten werden, dass ziviler Ungehorsam auch dadurch legitimiert werden kann, wenn ein Unrecht so stark ist, dass es Handlungsweisen gegen einen gesetzlichen Status Quo rechtfertigt. Die Frage lautet also nicht: „Heiligt der Zweck die Mittel?“, sondern: „Welche Mittel sind welchem Zweck angemessen?“. Die Trennlinie muss hierbei von Fall zu Fall individuell neu gezogen werden, wobei es nicht ausreicht, die bürgerlich-liberale Perspektive innerhalb bestehender Protestformen zur universellen Maxime zu erheben. Radikaler politischer Protest sollte nicht nur dann als Bestandteil des politischen Zusammenlebens

gelten, wenn er sich gegen autoritäre Herrschaftssysteme stellt. In diesen meist brutal bekämpft, zeichnen sich moderne Demokratien gerade durch ihren Umgang mit zivilem Ungehorsam aus, der durch seinen repolitisierenden Effekt im Geiste einer demokratischen Verfassung steht.

Literaturverzeichnis

Daube, David (1972): *Civil disobedience in antiquity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

Rawls, John (1998): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. 10. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 271).

Volk, Christian (2014): *Ziviler Ungehorsam in modernen Demokratien. Eine Nachlese in demokratietheoretischer Absicht*. In: *sub\urban Zeitschrift für kritische Stadtforschung* (Heft 2), S. 137–142.

festival contre le racisme

Kostenloses und antirassistisches Campus OpenAir am Blauen Turm

Am 17. und 18. Juni veranstaltet der AstA unter Mitwirkung der Juso-HSG das festival contre le racisme, ein kostenloses, antirassistisches Campus-OpenAir.

Unser Ziel ist es, mit dem festival contre le racisme auf Alltagsrassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit aufmerksam zu machen und Euch eine Möglichkeit bieten, sich intensiver mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Ebenso wollen wir antirassistischen Gruppen und Initiativen eine Plattform bieten, sich vorzustellen und für ihre Projekte zu werben.

An beiden Tagen wird es hierfür ein umfangreiches Programm mit Workshops, Vorträgen und Konzerten geben. Am Freitag treten unter anderem die HipHop-Band Akua Naru aus Köln, die Punklegenden Die Skeptiker aus Berlin und die Göttinger Rapperin Haszcara auf. Auch die HipHop-Kombo K.A.G.E und die Singer/Songwriterin Luzy werden am ersten Tag auf der Bühne zu sehen sein.

Samstag bieten wir Euch zunächst mit dem Göttinger Improtheater-Ensemble Improsant, einer Aufführung des Musicals Flutlicht des boat people project und den Asyl-Dialogen ein vielfältiges kulturelles Programm. Abends treten dann die Indie-Rockband Cressy Jaw und die Post-Punkband Static Means auf. Zum Abschluss des festival contre le racisme wird am Samstagabend die Synthie-Popband Ira Atari spielen.

Neben dem Bühnenprogramm könnt Ihr zahlreiche Möglichkeiten nutzen, Euch mit Inhalten rund um die Themen Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus und weiteren zum Beispiel in Vorträgen und Diskussionen auseinanderzusetzen. Daneben werden wir auch verschiedene Filme vorführen, so unter anderem den Film „The Awakening“ der Initiative „alle bleiben!“, in dem der Lebensalltag von abschiebegefährdeten Roma dokumentiert wird.



Zusätzlich erwartet Euch ein buntes Rahmenprogramm mit Ständen und Aktionsmöglichkeiten auf dem Festival. So wird es z.B. zwei interaktive Workshops zu Siebdruck und dem Anfertigen von Stencils geben. Mit ausreichend Getränken und (veganem) Essen versorgen Euch diverse antirassistische Gruppen an ihren Ständen.

Still und heimlich

Studentische Verbindungen wieder auf der Uni-Homepage

Sie sind wieder da. So, als wären sie nie weg gewesen. So, als hätten die Geschehnisse vom Sommer 2015 niemals stattgefunden. Die Rede ist von studentischen Verbindungen in Göttingen. Besser gesagt: Einer Liste aller studentischen Verbindungen der Stadt auf der offiziellen Homepage unserer Universität. Denn seit einiger Zeit sind die Verweise zu den Internetauftritten von Burschen- und Landsmannschaften, Turnerschaften oder Corps wieder durch wenige Klicks auf der Internetpräsenz der Uni zu erreichen. In exponierter Lage präsentieren sich die Bünde mittlerweile als Teil des „studentischen Lebens“ in Göttingen – Zwischen Angeboten des Hochschulsports oder dem Verweis auf die studentische Selbstverwaltung. Eben so, als gehörten sie ganz selbstverständlich zu dem Teil des Lebens rund um die Universität, der allen Studierenden offen steht.

Dass dies mitnichten der Fall ist, wird nicht nur dadurch deutlich, dass es sich beim Gros der Verbindungen um reine Männerbünde handelt, die nicht nur Frauen, sondern auch alle anderen Geschlechter, die nicht in das eigene, „traditionelle“ Gesellschaftsbild passen, von einer Mitgliedschaft kategorisch ausschließen. Es manifestiert sich auch in einem Elitedenken, das sich von vornherein auf gesellschaftliche Ausschlüsse, Klängelei und Seilschaften verlässt, die eben nur einem verschwindend kleinen Teil innerhalb der

Studierendenschaft zugänglich sind. Da klingt es fast wie ein schlechter Witz, wenn die besagte Liste der Verbindungen auf der Homepage damit angekündigt wird, dass der Göttinger Campus „bunt und divers“ sei. Vielmehr sind studentische Verbindungen ein Symbol für alles, was sich gegen eine solche Vielfalt im studentischen Leben einsetzt.

Wären die aufgeführten Gründe nicht schon Berechtigung genug, um auf eine Auflistung der studentischen Verbindungen zu verzichten, so wird die Entscheidung der Universität vollends unverständlich beim Blick auf die Hintergründe, die dazu führten, dass die Liste im Sommer letzten Jahres von der Homepage genommen wurde. Viel mehr noch: Das Verhalten in Bezug auf die Verbindungen offenbart eine unvergleichliche Inkonsistenz bei den Entscheidungsträger*innen der Universität.

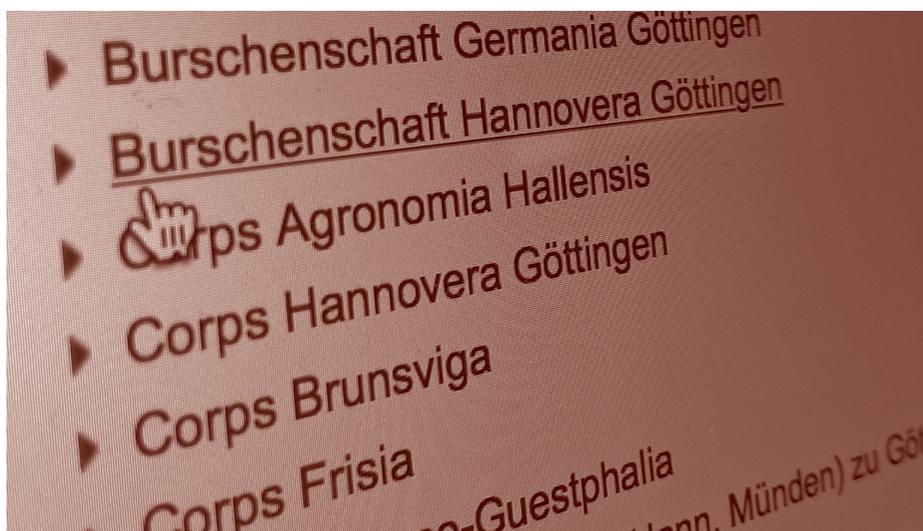
Doch was war eigentlich passiert? Im Juli letzten Jahres griff ein Verbindender der Landsmannschaft Verdensia den Pressesprecher der Wohnrauminitiative an, indem er ihn vom Fahrrad schubste, woraufhin sich dieser einen Kreuzbandriss zuzog. Nur zwei Wochen später feuerte man aus dem Haus der Burschenschaft Germania in der Bühlnstraße mit einer Druckluftwaffe auf ein gegenüberliegendes Haus der Göttinger Wohnrauminitiative. Diese Vorkommnisse schlossen sich an

eine Reihe von Vorfällen an, bei denen Verbindender aggressiv auffällig wurden.

Aufgrund des großen Drucks aus Politik, Medien und Zivilgesellschaft sah sich die Universität gezwungen, die Liste schlussendlich von der Universitätshomepage zu nehmen. Doch scheinbar besteht kein wirkliches Interesse daran, ernsthaft auf die Auflistung zu verzichten, obwohl sich seitdem bei den Verbindungen natürlich nichts verändert hat. Schon der AstA forderte das Präsidium dazu auf, Stellung diesbezüglich zu beziehen. Bis heute ist die Universitätsleitung eine Antwort darauf schuldig geblieben.

Dass ein „Alter Herr“ des Göttinger Corps Hildeso-Guestphalia im Präsidium sitzt und dieses sich gerne mit der traditionsreichen Geschichte der Universität rühmt, dabei aber die konsequente Aufarbeitung der NS-Zeit eine untergeordnete Rolle spielt, passt hier mal wieder bestens in das Bild der politisch angehauchten Entscheidungen von Seiten der obersten Etage.

Wir fordern die umgehende Löschung der Liste von Verbindungen von der Universitätswebsite und eine Erklärung des Präsidiums zu der Handlungsweise, die Seite nach bereits zugesicherter Zurücknahme still und heimlich wieder hochzuladen! Der Campus ist bunt und divers und gerade deshalb gehören Verbindungen mit ihrer diskriminierenden Haltung nicht dazu!



Impressum:

Auflage: 2000
Druck: AktivDruck & Verlag Göttingen
gedruckt auf Recyclingpapier
V. i. S. d. P.: Jakob Fitzer

Kontakt:
Juso-Hochschulgruppe
c/o SPD-Stadtverband Göttingen
Nikolaistraße 30
37073 Göttingen

kontakt@linke-kraft.de
www.linke-kraft.de
www.facebook.com/JusoHSG

Hohe Hürden

Hochschulzugang für Geflüchtete



Wie viele Geflüchtete derzeit an der Universität als Gasthörer*innen eingeschrieben sind, weiß selbst das Präsidium nicht genau. Dennoch nehmen Geflüchtete an den Vorlesungen und Seminaren teil, dürfen aber keine Credits erwerben. Das Angebot soll Geflüchteten die Möglichkeit bieten, in die deutsche Hochschulrealität einen Einblick zu gewinnen und sich zu orientieren. Eigentlich soll die Gasthörer*innenschaft also nur zeitlich begrenzt sein, bis der offizielle Hochschulzugang möglich wird, doch bis es dazu kommt, vergehen oft Jahre nach der Ankunft in Deutschland.

Geflüchtete werden auf Ihrem Weg zur ordentlichen Immatrikulation immer wieder mit hohen Hürden konfrontiert. Um auf diese Missstände aufmerksam zu machen, veranstalteten wir in der Woche zwischen dem 23. und 27.05. eine Info-Aktion vor der Z-Mensa. Bei dieser haben wir neben der Sichtbarmachung der Hürden, die sich beim Hochschulzugang für Geflüchtete ergeben, auch Flyer zur Thematik und unseren konkreten Forderungen zur Verbesserung der Situation verteilt.

Die nur schwer überwindbaren Hindernisse beginnen schon bei der Notwendigkeit Deutschkenntnisse auf dem Sprachniveau C1, also fast muttersprachlichem Niveau, nachzuweisen. Dazu muss eine Hochschulzugangsbere-

chtigung vorgewiesen werden. Dies ist für viele nicht möglich, da sie in der Heimat geblieben oder zerstört wurde. Auch im nächsten Schritt wird es nicht einfacher, denn haben die Geflüchteten die Hochschulzugangsberechtigung erlangt, müssen sie sich über den privaten Verein „uniassist e.V.“ für den Wunschstudiengang bewerben. Dieser fällt durch hohe Gebühren, schlechte Erreichbarkeit, häufig intransparente Entscheidungen und eine mangelhafte institutionelle Anbindung an die Universitäten auf und befördert ein unübersichtliches Bewerbungsverfahren für Geflüchtete.

Zudem muss eine Krankenversicherung nachgewiesen werden. Diese ist in Deutschland unumgängliche Voraussetzung für ein Studium, aber nicht gerade günstig. Selbst wenn Geflüchtete es geschafft haben, all diese Hürden hinter sich zu lassen, bleibt die Frage, wie das Studium langfristig zu finanzieren ist. Von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind Studierende pauschal ausgeschlossen, der Zugang zum Arbeitsmarkt ist stark eingeschränkt. BAföG gibt es nur für deutsche Staatsbürger*innen oder nach 18 Monaten Aufenthalt und Studienkredite bedürfen einer Kreditwürdigkeit, die Geflüchtete schwerlich vorweisen können.

Mit diesen ganzen Schwierigkeiten konfrontiert, scheint die Gasthörer*in-

nenschaft mehr als eine unzufriedenstellende Zwischenlösung zu sein, da sie eine sehr lange Brücke hin zum Studium ist. Sie wird in diesem Lichte zu einem Vertrösten und nach mehreren Jahren des Wartens auf eine niemals garantierte Immatrikulation zur Farce. Sicherlich ist es sehr begrüßenswert, dass eine Gasthörer*innenschaft angeboten und sogar von einem konzeptionell einwandfreien Buddy-Programm begleitet wird, doch sie ist und bleibt ein Kompromiss. Eine Änderung der Zustände oder eine Absenkung der bürokratischen Hürden ist nicht abzusehen und so bleibt das Studium in Deutschland für viele Geflüchtete ein unerreichbarer Traum und im schlimmsten Fall droht die Abschiebung, bevor überhaupt ein Sprachkurs angefangen werden konnte.

Daher fordern wir als Juso-HSG den Zugang zu Bildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Bildung ist Menschenrecht und darf nicht verwehrt werden! Wir fassen es als Teil der Selbstbestimmung auf, dass jede*r ein Studium beginnen oder fortführen darf, wann er/sie das möchte. Auch die bürokratischen Hürden müssen fallen. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass Menschen mit derart langen und zermürenden Wartezeiten konfrontiert sind und der Willkür der Behörden ausgesetzt sind.

Studiwerk ohne Auftrag

Finanziert das Studiwerk seine Fehler über unsere Portemonnaies?

Die Forderung nach bezahlbarem, studentischem Wohnraum ist keine neue und der Wohnungsmangel in Göttingen ist bekannt. Soweit so schlecht. Doch nun hat das Studiwerk Göttingen zusätzlich starke Finanzierungsprobleme im Bereich Wohnen.

Nach jahrelangem Renovierungsstau in verschiedenen Wohnheimen sind die Kosten für dringend notwendige Sanierungen so hoch, dass der Studiwerksvorstand diskutiert, den Mietpreis bei neuen Verträgen so zu erhöhen, dass je nach Staffelung eine Mehrbelastung von mehreren hundert Euro im Jahr nicht unwahrscheinlich ist. Auf diese Weise sollen sich vorhandene Wohnheimplätze selbst finanzieren. Zusätzlich soll der Studiwerksbeitrag für alle um ca. 20 Euro pro Semester erhöht werden. Hinzu kommt, dass in Zukunft weitere Erhöhungen nicht ausgeschlossen werden. Mit dem Ganzen sollen beispielsweise Renovierungen im Studentendorf oder der Ausbau der Nordmensa finanziert werden.

Aus Sicht der Juso-HSG ist dies eine unhaltbare Forderung. Es kann nicht sein, dass der soziale Auftrag des Studiwerks derart ad absurdum geführt wird. Seit Jahren vertreten wir die Meinung, dass sich der Bereich Wohnen nicht selbst tragen muss, also nicht alle Renovierungsmaßnahmen notwendigerweise aus Mietgeldern finanziert werden müssen. Dies könnte stattdessen beispielsweise durch eine Umlage aus anderen Bereichen aufge bessert werden. Das Solidarmodell, auf dem der Studiwerksbeitrag beruht, wird mit den Plänen des Studiwerks ausgehebelt.

Das Studiwerk wird aktuell wie ein wirtschaftliches Unternehmen geleitet. Die Schwarze Null scheint wichtiger als das Wohl der Studierenden zu sein. Damit entzieht sich das Studiwerk seinem eigentlichen Auftrag, nämlich dem, günstiges Wohnen, Essen und weiteres für Studierende bereitzustellen. Wir sind der Meinung, dass dies gegenüber der schwarzen Null eine

Priorität stellen sollte; zumal Studierendenwerke grundsätzlich nicht insolvent gehen können, da sie im Zweifelsfall vom Land finanziert werden.

Doch die Studierendenwerke in Niedersachsen sind durch dieses chronisch unterfinanziert. So planen bereits in einigen Städten Niedersachsens Studierendenwerke eine Beitragserhöhung oder haben diese bereits durchgeführt.

Wir sehen das Land Niedersachsen in der Pflicht, für eine ordentliche Ausfinanzierung der Studiwerke zu sorgen. Deshalb werden wir uns weiterhin auf Landesebene für eure Interessen einsetzen. Zudem fordern wir das Studiwerk Göttingen auf, die Pläne für die Beitragserhöhungen ad acta zu legen.

Eine finanzielle Mehrbelastung der Studierenden ist nicht hinzunehmen und entspricht nicht unserer Vorstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit im Studium!

Was ist eigentlich mit...

... den Anwesenheitspflichten?

Anfang des Jahres hatten wir euch darüber informiert, dass in der vom Landtag beschlossenen Hochschulgesetznovelle die Anwesenheitspflichten an den Hochschulen landesweit abgeschafft wurden.

Das Uni-Präsidium ignoriert die Gesetzesänderung jedoch und versucht sich durch eine andere Auslegung des Passus um eine Änderung der Studierendenordnung zu drücken.

Wir halten das für eine arrogante Art, sich über eindeutige Gesetzgebung hinwegzusetzen und werden weiterhin Druck auf das Präsidium ausüben, damit es tatsächlich keine Anwesenheits-

plichten mehr gibt, alle Studierenden selbstbestimmt studieren und selbst entscheiden können, zu welchen Veranstaltungen sie gehen wollen und zu welchen nicht. Natürlich glauben wir, dass im Idealfall ein Studium von Anwesenheit lebt, dennoch darf es hier keinen Zwang geben, solange soziale Zwänge und schlechte Seminare die Regel sind.

Vor allem für Studierende mit Kind und Studierende, die neben dem Studium arbeiten müssen, um ihr Studium finanzieren zu können, wäre die Abschaffung der Anwesenheitspflicht eine große Erleichterung.



Du interessierst dich für Hochschulpolitik und möchtest dich einmischen?

Komm zu unserer Mitgliederversammlung jeden Donnerstag um 20 Uhr c.t. im Rosa-Luxemburg-Haus! (AStA-Gebäude, Goßlerstr. 16a)

Wir freuen uns auf dich!